



GEWERKSCHAFTSBUND DES KANTONS ZUG

SEKRETARIAT: NEUGASSE 7, 6301 ZUG

TELEFON 042-21 04 20

PC-KONTO 60 - 10779-6

GBZ-Info Nr.8, Dezember 1993

An alle GBZ-Delegierten,
an Vertrauensleute,
an die Vorstände der Verbände
und weitere InteressentInnen.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen

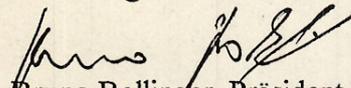
Fast alle Appelle der Gewerkschaften an die soziale Verantwortung der Arbeitgeber werden in den Wind geschlagen. Trotz hohen Arbeitslosenzahlen werden täglich Leute entlassen, gleichzeitig müssen im gleichen Betrieb Ueberstunden geleistet werden. Irgendwelche Vorschläge zum Abbau der Arbeitslosigkeit sind von seiten der Verantwortlichen in der Wirtschaft keine gekommen.

Nebst den vielen Arbeitslosen laufen immer mehr "innerlich gekündigte" herum. Leute, die - sobald sie es können - die Stelle wechseln werden. Die Arbeitgeber scheinen sich keine Rechenschaft darüber abzugeben, dass sie heute viele Arbeitende nur mit der Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes noch bei der Stange halten können.

Die Gewerkschaften sind nicht mehr bereit, alles zu akzeptieren. Die konkreten Anzeichen, dass es zu Kampfmassnahmen kommen wird, mehren sich. Der SMUV hat letzte Woche das Verhandlungsangebot der Uhrenunternehmer klar abgelehnt. Die Eisenbahner haben mit Streikaktionen gedroht. Und die Gewerkschaft Bau & Industrie (GBI) rüstet sich im Bausektor wie in der chemischen Industrie für harte Auseinandersetzungen zur Verteidigung des Vertrages und des Teuerungsausgleichs.

Der Zeitpunkt ist nicht ganz ungünstig. Da und dort gibt es Anzeichen dafür, dass die Konjunktur sich zu erholen beginnt. Den Arbeitgebern sollte es darum bewusst sein, dass sie uns brauchen. Uns sollte es klar sein, dass wir jetzt zeigen müssen, dass man mit uns nicht machen kann, was man will.

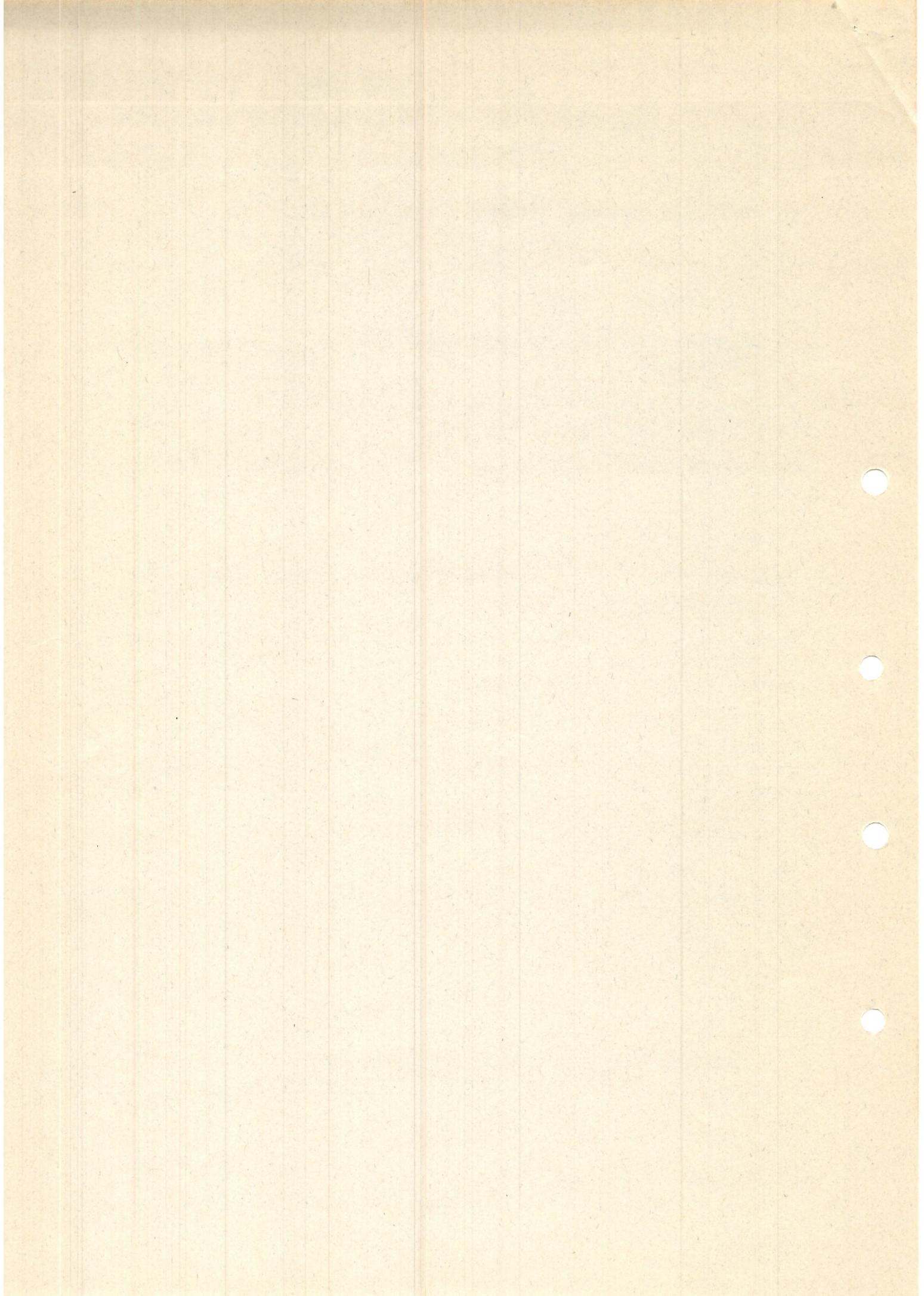
Mit kollegialen Grüßen und den besten Wünschen für das neue Jahr


Bruno Bollinger, Präsident GBZ

Samstag, 15. Januar 1994, 09.00 - 12.30 Uhr
Diskussions- und Informationsveranstaltung

Deregulierung: Wer ist schuld an der Teuerung im Bauwesen?

im Restaurant Bären, Zug (siehe beiliegende Einladung)





GEWERKSCHAFTSBUND DES KANTONS ZUG

SEKRETARIAT: NEUGASSE 7, 6301 ZUG

TELEFON 042-21 04 20

PC-KONTO 60 - 10779-6

Volkswirtschaftsdirektion
des Kantons Zug
z.H. Dr.G.Bomio
Postfach 897

6301 Zug

9. November 1993

Sehr geehrter Herr Bomio

Vielen Dank für die Einladung zur Gründungsversammlung des Vereins für Arbeitsmarktmassnahmen (VAM).

Der Vorstand des Gewerkschaftsbundes des Kantons Zug (GBZ) hat die Angelegenheit an seiner Sitzung vom 2. November 1993 besprochen und folgendes beschlossen:

1. Der GBZ tritt dem VAM als Kollektivmitglied bei.
2. Der GBZ delegiert in den Vorstand des VAM Sybilla Schmid, Baar, Kantonsrätin, GBZ-Vorstandsmitglied.

Mit der Bitte um Kenntnissnahme verbleiben wir

mit freundlichen Grüssen

Bruno Bollinger
Präsident Gewerkschaftsbund des Kantons Zug

Präsident: Bruno Bollinger, Deinikerstr. 37a, 6340 Baar
Privat: 042/31 89 13; Büro: 01/295 16 42; Fax: 01/295 17 99
GBI-Zentralsekretariat, Strassburgerstr. 11, 8004 Zürich

27 M. 12. 93

VAM – Anlaufstelle und Starthilfe

Start beim Verein für Arbeitsmarktmassnahmen

Ein weiteres Steinchen im Zuger Mosaik zur Linderung der Folgen der Arbeitslosigkeit wird gelegt: Am kommenden Mittwoch nimmt der Verein für Arbeitsmarktmassnahmen (VAM) an der Aabachstrasse 6 seine Tätigkeit auf. Der VAM ist vom Kanton mit der Aufgabe beauftragt worden, ein Beschäftigungsprogramm für 20 bis 50jährige durchzuführen, Berufspraktika für junge Stellenlose anzubieten, ein Beratungs- und Betreuungskonzept für Arbeitslose zu organisieren und ein Konzept für eine Starthilfe zugunsten Arbeitsloser, die sich selbständig machen wollen, auszuarbeiten.

ZZ. Der Kanton Zug kann sich mit seinem «Konzept für eine aktive Arbeitsmarktpolitik» mit Bezug auf Massnahmen zur Linderung der Folgen der Arbeitslosigkeit zu den führenden Kantonen der Schweiz zählen. Zahlreiche Massnahmen wurden in diesem Zusammenhang bereits ergriffen: Berufspraktika für junge Stellenlose, Vorlehre, Fachausbildung für Frauen, modulares Intensivkurs-System im Bereich Weiterbildung, Informationskonzept und Beschäftigungsprogramme für ältere Langzeitarbeitslose. Mit der Gründung des Vereins für Arbeitsmarktmassnahmen wird eine weitere Lücke geschlossen. Interesse an effizienten Arbeitsmarktmassnahmen im Kanton Zug bewiesen jene fünfzig Vertreter und Vertreterinnen aus Wirtschaft und Behörden, vonseiten der Arbeitnehmer und aus Verbänden, welche an der Gründungsversammlung des Vereins für Arbeitsmarktmassnahmen teilnahmen.

Start am Mittwoch

Der Vorstand des VAM setzt sich wie folgt zusammen: Robert Bisig und Gianni Bomio (Vertreter des Kantons Zug), Othmar Romer und Jitka Röth-



Ab Mittwoch gilt es ernst: Carmen Prandina, Patricia Wernli, Susanne Teismann und Oscar Weibel vom Verein Arbeitsmarktmassnahmen. Bild zvg

lisberger (Zuger Gemeinden), Paul Hubler (Industrieverband), Edith Hotz-Utiger (Handels- und Dienstleistungsverband), Josef Zeberg (Gewerbeverband), Sybilla Schmid und Charles Steck (Arbeitnehmerorganisationen) und Erna Staub (ev.-ref. Kirchgemeinde des Kantons Zug). Zwei weitere Sitze werden in nächster Zeit durch je einen Vertreter der katholischen Kirchgemeinde und der Arbeitslosen besetzt. Der Verein wird von Volkswirtschaftsdirektor Robert Bisig präsiert.

Als Geschäftsführer beim VAM waltet Oscar Weibel, bisher Vizedirektor bei der Firma Landis & Gyr. Als Sachbearbeiterinnen wurden Susanne Teismann, Carmen Prandina und Patricia Wernli angestellt. Die Büros des VAM befinden sich an der Aabachstrasse 6, im alten Expertentrakt der ehemaligen Motorfahrzeugkontrolle. Die Büros sind wochentags von 8.30

bis 11.45 Uhr und von 14.00 bis 17.00 Uhr geöffnet. Telefonisch erreichbar ist der VAM unter 25 34 88.

Breite Aufgabenpalette

Der Verein für Arbeitsmarktmassnahmen hat für das nächste Jahr vom Kanton einen Leistungsauftrag erhalten. Demnach soll der Verein vom Amt für Berufsbildung das Projekt «Berufspraktika für junge Stellenlose» übernehmen und jungen Stellenlosen Praktikumsplätze in der Industrie, im Gewerbe und im Dienstleistungsbereich erschliessen. Zudem solle er ein Beschäftigungsprogramm für 20 bis 50jährige lancieren. Ebenfalls soll in Zusammenarbeit mit dem Arbeitsamt ein Konzept für die Beratung und Betreuung von Arbeitslosen erarbeitet und ein Konzept für eine Starthilfe an Arbeitslose, die sich selbständig machen wollen, entwickelt werden.

Kämpferische Worte im rauhem Arbeitgeber-Wind

Andreas Rieger referierte zum Thema «Arbeitszeit verkürzen = vorhandene Arbeit auf mehr Leute verteilen».



Bruno Bollinger

mpz. Tausende von Arbeitnehmern gingen vergangenes Wochenende auf die Strasse, um ihrer Forderung – für den vollen Teuerungsausgleich und gegen einen fortwährenden Sozialabbau – Nachdruck zu verleihen. Allen voran hat die Gewerkschaft Bau und Industrie (GBI) in verschiedenen Schweizer Städten den Arbeitsfrieden in die Waagschale geworfen. Mit dem Frieden zum Nulltarif sei es vorbei, sagte GBI-Präsident Vasco Pedrina beispielsweise in Bern. Vor dem Hintergrund dieser aufflackernden Proteste von Gewerkschaftsseite trat der Gewerkschaftsbund des Kantons Zug (GBZ) zu einer ausserordentlichen Delegiertenversammlung im Casino zusammen. Es referierte Andreas Rieger von der Präsidialabteilung der GBI zum Thema «Arbeitszeit verkürzen = vorhandene Arbeit auf mehr Leute verteilen».

«Jetzt Stärke zeigen»

«Wir müssen heute feststellen, dass fast alle Appelle der Gewerkschaften an die soziale Verantwortung der Arbeitgeber in den Wind geschlagen werden. Trotz hohen Arbeitslosenzahlen werden täglich Leute entlassen,

.....
«Wir müssen heute feststellen, dass fast alle Appelle der Gewerkschaften an die soziale Verantwortung der Arbeitgeber in den Wind geschlagen werden.»

gleichzeitig müssen im gleichen Betrieb Überstunden geleistet werden. Vorschläge zum Abbau der Arbeitslosigkeit sind von den Verantwortlichen der Wirtschaft keine gekommen.» Mit diesen Worten eröffnete GBZ-Präsident Bruno Bollinger die Delegiertenversammlung. Die Gewerkschaften seien nicht mehr bereit, alles zu akzeptieren. Die konkreten Anzeichen, dass es in nächster Zeit zu Kampfmassnahmen kommen werde, mehrten sich, fuhr Bollinger fort: «Uns sollte es klar sein, dass wir jetzt zeigen müssen, dass man mit uns nicht machen kann, was man will.»

«Erwerbslosigkeit absorbieren»

Einen Ansatz zur Minderung der Arbeitslosenproblematik und gleichzeitigen Wahrung des Arbeitsfriedens stellte Andreas Rieger den Delegierten näher vor.

Er ging dabei von einer «Absorption von Erwerbslosigkeit durch Arbeitszeitverkürzung» aus bei gleichzeitiger «Umverteilung der Erwerbsarbeit». Folgende Punkte sind seines Dafürhaltens besonders wichtig:

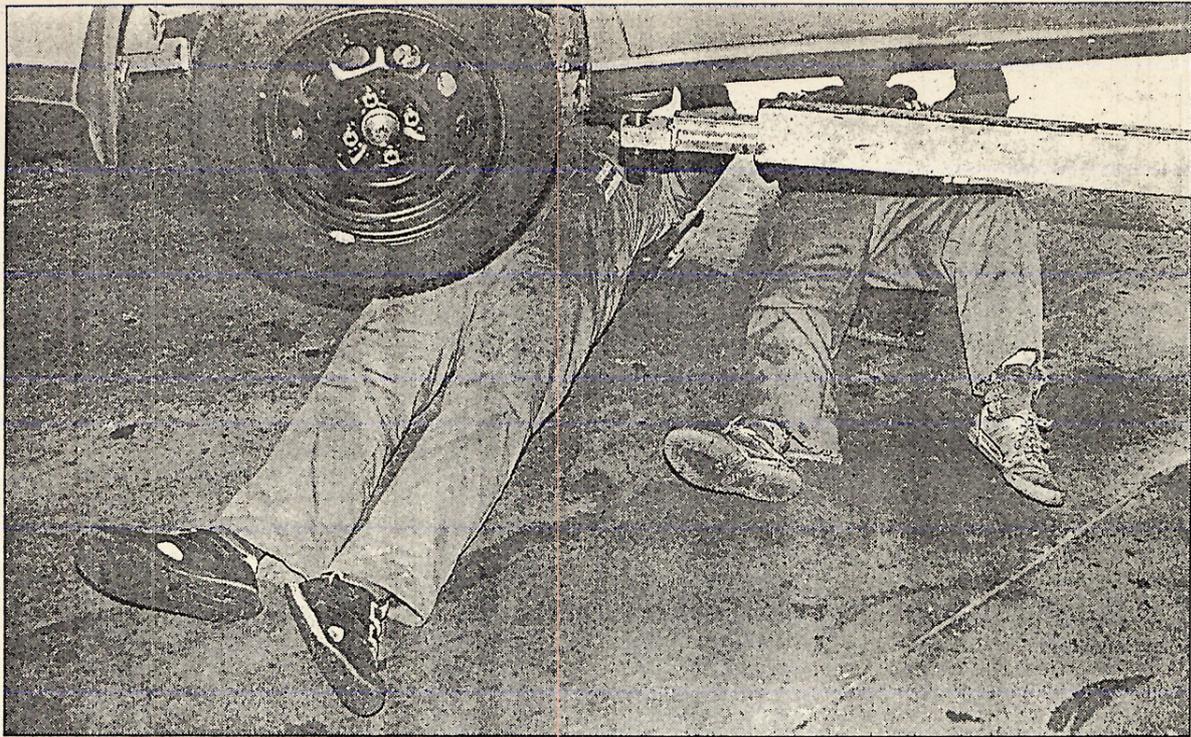
► «Die Arbeitszeitverkürzung ist eine Form der Teilhabe an der Produktivitätssteigerung und der Gewinnentwicklung und muss als solche bei vollem Lohnausgleich geschehen.»

► «Das Ziel einer 40-Stunden-Woche und von mindestens fünf Wochen Ferien käme einer Anpassung an einen europäischen Minimalstandard gleich.»

► «Die Frage der Finanzierbarkeit von Arbeitszeitverkürzungen stellt sich, wenn sie in so grossen Schritten und in solchen Formen stattfinden, dass sie einzelbetriebliche Möglichkeiten übersteigen (rasche 35-Stunden-Woche, Pensionierung mit 60 Jahren für alle).»

► «Werden so Erwerbsarbeitsplätze für Arbeitslose geschaffen oder freigemacht, so kann ein Teil der entstehenden Kosten 'sozialisiert' werden: Gelder des Staates oder der Sozialversicherung können zur Unterstützung solcher Arbeitsbeschaffung und zur Verhinderung von Einkommenseinbussen eingesetzt werden. Die Ausgaben sind lohnend, wenn es gelingt, die Arbeitslosigkeit drastisch zu senken.»

Über die Durchsetzung genereller Arbeitszeitverkürzung mit entsprechender Beschäftigungswirksamkeit machte sich Rieger keine Illusionen. Ohne eine grosse soziale und politische Bewegung werde in der Schweiz nichts Grösseres geschehen.



Im Job-sharing – dem Teilen der Arbeitsplätze – sehen die Gewerkschaften eine Möglichkeit, die Zahl der Arbeitslosen zu vermindern. Liegen bald zwei Automechaniker unter demselben Auto? Bild Peter Appius

77 17.11.93

Arbeitsplätze als Mangelware?

Der Gewerkschaftsbund des Kantons Zug und die Arbeitslosigkeit

Die nach wie vor steigende Arbeitslosigkeit bereitet den Zuger Gewerkschaften Sorge. An einer ausserordentlichen Delegiertenversammlung wurde beispielsweise über die Möglichkeit diskutiert, die vorhandene Arbeit auf mehr Personen zu verteilen.

os. Obwohl die Arbeitslosenzahlen weiter steigen, steht etwa der Gewerkschaftsbund des Kantons Zug (GBZ) vor stagnierenden Mitgliederzahlen. Bruno Bollinger, der GBZ-Präsident, führte dies an einer ausserordentlichen Delegiertenversammlung in Zug auf die Angst der Arbeitnehmer zurück, als erste entlassen zu werden, wenn ihre Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft bekannt werde.

Kritik an Arbeitgebern

Bollinger kritisierte die Haltung vieler Arbeitgeber, den Teuerungsausgleich zu verweigern, in der Gewissheit, dass angesichts der angespannten Wirtschaftslage, ein Angestellter kaum kündigen würde. Dies wollen die Gewerkschaften nicht länger hinnehmen. Kampfmassnahmen etwa im Bausektor oder in der Uhrenbranche zeichnen sich ab.

Dennoch zeigt sich der GBZ nicht gänzlich pessimistisch. Erste Anzeichen für eine Erholung der Konjunktur zeichneten sich ab. Deshalb sollte den Arbeitgebern bewusst sein, «dass sie uns brauchen. Uns sollte klar sein,

dass wir jetzt zeigen müssen, dass man mit uns nicht machen kann, was man will», schloss Bollinger sein Einführungsreferat an der GBZ-Delegiertenversammlung am Montagabend.

Im Mittelpunkt der Versammlung stand das Referat von Andreas Rieger, Präsidialsekretär der Gewerkschaft Bau und Industrie (GBI). Er plädierte dafür, die Arbeitszeit zu verkürzen; dies bedeute, die vorhandene Arbeit auf mehr Leute zu verteilen.

Bald 300 000 Arbeitslose?

Rieger hielt fest, dass zurzeit über 300 000 Personen eine Erwerbstätigkeit suchen. Besonders gravierend sei die Lage indes für die ausgesteuerten Arbeitslosen (30 000 Personen). Ebenfalls nicht in der Arbeitslosenstatistik erschienen 10 000 Jugendliche, die ihre Erwerbslosigkeit mit verschiedenen Aktivitäten überbrückten. Und besonders schlimm: Bis zu 50 000 Frauen im erwerbsfähigen Alter sind nicht als arbeitslos gemeldet, da sie nur bis zu Beginn der Rezession angestellt waren und später aufs Stempeln verzichtet haben. Hier sind auch die potentiellen Wiedereinsteigerinnen zu erwähnen, jene Frauen also, denen eine Arbeitsaufnahme aufgrund der Rezession unmöglich ist.

Rieger verwies auch auf 30 000 bis 40 000 ehemalige Saisoniers, Grenzgänger und abgeschobene Jahresaufenthalter, die nicht in der Statistik erscheinen, wie auch jene Tausende Erwerbsbehinderter, die nicht mehr

beschäftigt würden. Der Referent zeigt sich überzeugt, dass Arbeitszeitverkürzung wirklich Arbeitsplätze schafft. Je nach Branche könnte dies einen Beschäftigungseffekt von 30 bis 70 Prozent bewirken.

Schliesslich streifte Rieger die Kosten der Arbeitslosigkeit. Er stellte unmissverständlich klar, dass sich diese nicht nur auf die Auszahlung von Arbeitslosengeldern (im Jahr 1994 voraussichtlich gegen 7,5 Milliarden Franken) beschränkten. Zahlreiche Arbeitnehmer werden trotz Arbeitsfähigkeit invalidisiert (300 Millionen Franken).

Die Kosten der Arbeitslosigkeit

Weitere 700 Millionen Franken werden an ausgesteuerte Arbeitslose und deren Familien ausgerichtet, 1,3 Milliarden für zusätzliche Krankentaggelder ausgerichtet, «da nachweisbar in der Krise nur die kurzen Krankheitsfälle abnehmen, die langen jedoch massiv zunehmen», wie Rieger es umschrieb. Als weitere Kosten der Arbeitslosigkeit nannte Rieger den Ausfall der AHV-Beiträge sowie der Steuererträge der Arbeitslosen (insgesamt 2,3 Milliarden Franken). Diese Summe mache also total zehn Milliarden Franken aus, was bereits fünf Lohnprozenten aller Beschäftigten entspreche. Deshalb sei es, so schloss Rieger, vernünftiger, die Arbeit auf mehrere zu verteilen, um die Zahl (und damit die Kosten) der Arbeitslosen zu verringern.

Arbeitszeitverkürzung

VPOD unterstützt SP/SGA

red. Am nächsten Dienstag ist im Grossen Gemeinderat der Stadt Zug eine Motion der SP/SGA-Fraktion traktandiert, die für das städtische Personal eine Arbeitszeitverkürzung fordert. Die Sektion Zug des VPOD (Verband des Personals öffentlicher Dienste) unterstützt diese Motion.

Die Motion fordert die Einführung der 40-Stundenwoche für die städtischen Angestellten. In einem zweiten Teil verlangt sie eine weitere Arbeitszeitverkürzung um zusätzliche 10% bis ins Jahr 1999. Von dieser Arbeitszeitverkürzung sollen auch die Lehrerinnen und Lehrer profitieren können. Der erste Schritt soll grundsätzlich ohne Lohnneinbussen erfolgen. Dies soll beim zweiten Schritt zumindest auch für die unteren und mittleren Einkommen gelten.

Nach Ansicht des VPOD Zug kann mit dieser Motion ein Zeichen gesetzt werden, «wie in Zukunft die Produktivitätsfortschritte der Wirtschaft in Form von Arbeitszeitverkürzungen an die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen weitergegeben werden können». Diese profitierten von Steigerungen der Arbeitsproduktivität traditionellerweise vor allem in Form von Lohnerhöhungen. In Zeiten eines verstärkten Strukturwandels sei jedoch ein Umdenken notwendig, schreibt der VPOD in seiner Stellungnahme. Die Stadt Zug (aber auch der Kanton) könnten mit ihren gesunden Finanzen ein Zeichen setzen und in der Frage von Arbeitszeitverkürzungen eine Vorreiterrolle übernehmen. Eine Arbeitszeitverkürzung für die Staatsangestellten hätte zudem Signalwirkung für die Privatwirtschaft.

Damit die Reduktion der wöchentlichen Arbeitszeit Sinn mache, gelte es bei der Ausgestaltung darauf zu achten, dass zusätzliche Stellen geschaffen und die Arbeitszeiten sinnvoll verkürzt würden. In dieser Frage sei ein Dialog mit den Arbeitnehmervertretern und -vertreterinnen notwendig, damit nicht einfach der Stress am Arbeitsplatz erhöht werde, schreibt der VPOD in seiner Stellungnahme.

11/12/93

Arbeitszeitverkürzung in der Verwaltung - 1. Dez. 1993

7N

Vorstoss abgewiesen

*Die Arbeitszeit
in der Verwaltung
soll nicht reduziert
werden.*

bö. Nach einem zweistufigen Modell – 40-Stunden-Woche innerhalb eines Jahres ohne Lohnneinbussen, 36-Stunden-Woche bis 1999 ohne Lohnneinbussen für die unteren und mittleren Einkommen – verlangte die Motion der SP/SGA-Fraktion. Ziel sei es, mehr Arbeitsplätze zu schaffen.

«Sozialpolitisches Zeichen»

Für den SP/SGA-Vorstoss votierte Gemeinderat Josef Lang: «Die rasante Rationalisierung und Automatisierung führt zu einer drastischen Abnahme des gesamten Arbeitsvolumens», sagte der SGA-Politiker. Es bestünden nur zwei Alternati-

ven: Entweder werde das sinkende Arbeitsvolumen auf immer weniger Leute verteilt. Oder das sinkende Arbeitsvolumen werde durch kürzere Arbeitszeiten möglichst unter alle verteilt.

Lang erinnerte den Rat daran, dass in der öffentlichen Verwaltung von Kanton und Stadt mit 42,3 Stunden «länger gearbeitet wird als im schweizerischen Durchschnitt der gleichen Branche» und auch länger als in den anderen Branchen des Kantons. 1960 sei in der Verwaltung 44 Stunden gearbeitet worden; eine Reduktion auf 40 Stunden bedeute einen «neunprozentigen Fortschritt in 34 Jahren».

Verteilung nicht beliebig

Als «grundsätzlich falsch» erachtete der Stadtrat den Vorstoss unter anderem, weil die Lehrerschaft wegen der kantonalen Gesetzgebung ausgenommen werden müsste. «Bei der Arbeitszeit geht es nicht um ein Gut, das be-

liebig, je nach Situation, verteilt werden kann», sagte Stadtpräsident Othmar Kamber. Überdies vermöge eine verordnete Verkürzung der Arbeitszeit auch die «konjunkturellen Einflüsse und die strukturellen Schwächen, welche die heutige Arbeitslosigkeit verursachen, nicht zu beseitigen».

Ein weiteres Thema für die Nichtüberweisung war der Kostenfaktor: «Die 40-Stunden-Woche bedingte zwölf neue Stellen (ohne Lehrkräfte) was jährliche Mehrkosten von 1,2 Millionen Franken zur Folge hätte. Bei einer 36-Stunden-Woche müssten 35 neue Stellen geschaffen werden, die gar Mehrkosten von über drei Millionen Franken verursachen würden», rechnete der Stadtpräsident vor.

Auch das Votum von Gemeinderat Dolfi Müller (SP) vermochte den Rat nicht mehr umzustimmen. Die Motion wurde mit 9:25 Stimmen bachab geschickt.

Arbeits- und Organisationsgestaltung

Betroffene mischen sich ein

stü. Ruedi Amrein, der Präsident der SMUV-Sektion Zug, konnte zu einer Informationsveranstaltung zwei Mitglieder der SMUV-Zentrale Bern begrüßen. Sie hielten einen Vortrag über QUBI (= «Qualifizierung und Beratung für soziale Innovationsprojekte»), eine vom SMUV organisierte Aktion. Mit den folgenden Thesen will die Gewerkschaft SMUV (Schweizerischer Metall- und Uhrenarbeiter-Verband) eine breite interne und externe Diskussion über die Chancen und Risiken neuer Rationalisierungsstrategien sowie deren Konsequenzen für die Sozialpartnerschaft und Politik auslösen.

Zu den Erkenntnissen kam die Projektgruppe durch Analysen in Klein- und Mittelbetrieben. Ziel der QUBI

ist es, Massstäbe bezüglich menschenorientierter Arbeits- und Organisationsgestaltung aufzubauen und weiterzugeben. Die CIM-Technik (CIM = Computer Integrated Manufacturing) kann vor allem in Klein- und Mittelbetrieben Spannung erzeugen. Der Innovationsprozess besteht darin, dass vermehrt von spezifischer Facharbeit zu Teamarbeit gewechselt wird. Zum Teil sind solche Leute im Sozialen Bereich überfordert. Die Mitarbeiter sollten sich an der nötigen Umstrukturierung der Unternehmung beteiligen können.

Die Motivation steigt, wenn vom Mitarbeiter verschiedene Arbeitsaufgaben erfüllt werden können. Die vier Produktionsstufen Planung, Steuerung, Herstel-

lung und Kontrolle können vermehrt vom gleichen Mitarbeiter wahrgenommen werden. So wird vermieden, dass oben gedacht und unten gearbeitet wird. Das Zusammenwirken von Organisation, Technik und Personal ist ein dynamischer Prozess, der unter bestmöglicher Beteiligung aller Betroffenen gestaltet werden soll.

Das QUBI ist ein Teil der vom Bund geförderten CIM-Bildungszentren. Einmalig ist, dass eine Aktion einer Gewerkschaft direkt vom Bund unterstützt wird.



ZN 26. Okt. 93

NACHRUH

Clemens Meienberg, Zug

Clemens Meienberg ist nicht mehr bei uns. Er verstarb 86jährig zu Hause, gepflegt und geborgen bei seiner Frau und seinen Nachkommen. Doch nicht nur die Angehörigen, sondern auch sehr viele Zugerinnen und Zuger nehmen in dieser Woche von Clemens Meienberg Abschied.

Aufgewachsen ist er in Menzingen, wo er auch die Schulen besuchte. Seine Frau Maria Schmid hatte er in Hünenberg gefunden. Zwei Töchter und ein Sohn sowie die Enkelkinder sind immer sein Stolz gewesen. Sein Tagewerk war voll von Arbeit. Als aktiver Gewerkschafter bei den Eisenbahnern setzte er viel Zeit für die Arbeitnehmerinteressen ein. Auch bei den Sozialdemokraten war er ein aktives Mitglied. So war er in der Stadt Zug sowohl in der Schulkommission wie auch in der Rechnungsprüfungskommission.

Clemens Meienberg wurde in der Stadt Zug für 1941 bis 1946 als Kantonsrat wie auch als Ersatzmann für das Obergericht gewählt. Nach erst zwei Jahren Zugehörigkeit zum Kantonsrat wurde er bereits für die Jahre 1945/1946 zum Kantonsratspräsidenten gewählt; dieses Tempo soll ihm einmal einer nachmachen!

Clemens Meienberg organisierte mit anderen Gewerkschaftern und Sozialdemokraten die Inner-schweizer Arbeiterlands-gemeinde 1946 in Zug. Dies war die grösste Kundgebung, die SP und Gewerkschaften im Kanton Zug je durchführten. Nach einem Umzug durch die Innenstadt hörten sich 5000 Personen auf dem Postplatz die

Reden von Bundesrat Nobs und vom Solothurner Ständerat Klaus an. Dies war für Clemens Meienberg ein ganz besonderer Tag gewesen.

Bei den Wahlen im November 1946 kandidierte er neben dem bisherigen SP-Regierungsrat Caspar Si-

.....
«VORBEI IST EINE geschichtlich kleine, aber lokalpolitisch wichtige Epoche. Denn Clemens Meienberg verkörperte noch ein besonderes Stück Zuger Politik.»

grist. Wer wurde gewählt? Der Neuling Clemens Meienberg! Er stand vom Januar 1947 bis Dezember 1970 sowohl der Sanitäts- wie auch der Forstdirektion vor. Zudem wählte ihn der Kantonsrat zweimal, nämlich für die Jahre 1957/1958 wie auch 1969/1970 zum Zuger Landammann. Wie heute waren auch damals auf der Sanitätsdirektion die Spitalfragen das Hauptthema. Clemens Meienberg hat mir mehr als einmal erklärt, wie er versucht habe, sich im Kantonsrat für ein einziges Zentralspital in der Lorzen-ebene einzusetzen. Aber die Baarer hätten eben damals gewonnen und den Neubau des Spitals Baar dank der Zustimmung des Kantonsrates realisieren können. Überhaupt war Clemens Meienberg ein anregender Gesprächspartner; er wusste aus seiner Regierung-

stätigkeit viel Wissenswertes zu berichten. Als Gesprächspartner konnte man spüren, dass er seine Tätigkeit immer zielstrebig angegangen ist. Bis zu seinen letzten drei Wochen ist Clemens Meienberg tagtäglich zielstrebig losmarschiert. Er hat von seinem Haus aus jeweils seine «Runde», nämlich seinen bis zu einer Stunde dauernden Spaziergang gemacht. Wer hat Clemens Meienberg nicht am aufrechten Gang erkannt? Dies ist jetzt leider vorbei.

Vorbei ist damit aber auch eine geschichtlich kleine, aber lokalpolitisch wichtige Epoche. Denn Clemens Meienberg verkörperte noch ein besonderes Stück Zuger Politik. Er gehörte mit zwei anderen Männern zu den tragenden Persönlichkeiten, welche während drei Jahrzehnten die Sozialdemokratische Partei wie die Gewerkschaften geprägt hatten. Eine Troika mit Clemens Meienberg (Regierungsrat und Präsident der Zuger Gewerkschaften), Fritz Jost (Stadtrat, Kantonsrat und Parteipräsident) sowie Paul Heusser (SMUV-Sekretär, Kantonsrat und Kantonsrichter) bestimmte in der Zeitspanne vom Zweiten Weltkrieg bis 1970 weitgehend den Kurs der SP und sie waren gleichzeitig für eine enge Abstimmung zwischen SP und Gewerkschaften besorgt.

Viele werden diese vergangene Zeit weiterhin in enge Verbindung mit Clemens Meienberg bringen. Vor allem aber werden viele Zuger Clemens Meienberg in bester Erinnerung behalten.

■ Urs Birchler,
Regierungsrat



Zumutbare Arbeit für Einstein: Arbeit auf dem Bau statt die Relativitätstheorie zu entwickeln.

■ Karikatur Bürki / 24 heures